# **Ausland**



#### Jemen

### "Wir brauchen 50 Tonnen Medizin"

Der Gesundheitsbeamte **Khaled Abdul Karim al-Madani,** 35, von der mit Saudi-Arabien verfeindeten, selbst ernannten Huthi-Regierung über die Choleraepidemie im isolierten Bürgerkriegsland

SPIEGEL: Wie viele Menschen sind an Cholera erkrankt? Madani: 500 000 Jemeniten sind inzwischen infiziert, täglich sterben 100 Menschen. 5000 weitere stecken sich neu an. Davon können wir nur einen Bruchteil behandeln. SPIEGEL: Warum gibt es so extrem viele Neuinfektionen? Madani: Das Cholerabakterium wird über kontaminiertes Trinkwasser übertragen. Die 20 Trinkwasserbrunnen von Sanaa zum Beispiel wurden von der saudi-arabisch

geführten Koalition zerbombt. Die Menschen sind jetzt gezwungen, ihr Wasser aus unterschiedlichsten Quellen zu holen. Davon sind viele verseucht.

**SPIEGEL:** Wie ließe sich die Ausbreitung der Seuche stoppen?

Madani: Eigentlich wäre die Heilung kein Problem, die Behandlung kostet nur 35 Cent pro Patient. Die Seeund Luftblockade macht es bisher kaum möglich, Medikamente ins Land zu bringen. Wir benötigten 50 Tonnen Medizin, etwa Ciprofloxacin, außerdem Hilfsteams, die saubere Wasserquellen identifizieren.

**SPIEGEL:** Warum gelangen so wenige Hilfsgüter nach Sanaa?

Madani: Die Saudi-Araber konnten mit ihren Bomben nicht den erhofften Sieg erreichen. Nun wollen sie uns von innen heraus zerstören, suk



#### **Nordkoreakrise**

#### Zweifel an Amerika

Die US-Verbündeten Japan und Südkorea fragen sich angesichts der "America first"-Politik von Präsident Donald Trump, ob sie der Schutzmacht noch vertrauen können. Experten halten den Rückzug der USA aus dem Pazifik für eine Frage der Zeit und eine Annäherung an China für unausweichlich. Insbesondere in Japan nehmen die Zweifel zu: Pikiert vermeldeten Medien, dass das US-Militär nach dem jüngsten nordkoreanischen Raketentest betone, die USA selbst seien nicht bedroht gewesen.

Premier Shinzo Abe, 62, der nach wie vor treu zu den USA steht, wird nach jedem weiteren nordkoreanischen Raketentest stärker kritisiert. Etwa von Ex-Premier Yukio Hatoyama, 70. Das frühere Idol der oppositionellen Demokraten sagte dem SPIEGEL, er sehe nur einen Ausweg, um einen unkalkulierbaren Krieg abzuwenden: Die USA müssten Nordkorea de facto als Nuklearmacht akzeptieren. Auf dieser Basis müssten sie mit Diktator Kim Jong Un verhandeln.

Wenn Abe verhindern wolle, dass die USA eine Korealösung "über Japan hinweg" aushandelten, so Hatoyama, müsse der Premier eine aktive Vermittlerrolle in der Region anstreben: "Es reicht nicht, wenn Japan unter dem Schutz von Trump nur nach Sanktionen gegen Nordkorea ruft", sagt Hatoyama.

Die Japaner, sagt er, sollten sich von der Illusion befreien, mithilfe der USA wieder zu Asiens Nummer eins aufsteigen zu können. Auch wirtschaftlich könne Japan auf Dauer nur prosperieren, wenn es sich enger an China anlehne. Hatoyama plädiert für die Gründung einer ostasiatischen Gemeinschaft nach Vorbild der EU, in der beide Länder friedlich koexistieren könnten. ww



## Trumps Woche

Der Präsident wirkte wie besessen von Hurrikan "Harvey", der weite Teile von Texas verwüstete. Ihn bewegten weniger die Opfer, die er weder erwähnte noch traf, sondern vor allem die Rekordausmaße des Sturms. "Windgeschwindigkeit 125 Meilen pro Stunde!", twitterte er zum Wochenende. "Rekordregenfälle." Und: "Wow - Experten nennen #Harvey nun eine Flut, wie es sie nur einmal in 500 Jahren gibt!" Schließlich: "Sogar Experten haben gesagt, sie hätten so etwas noch nie gesehen!" Als er selbst nach Texas reiste, freute er sich vor allem über die Fans, die ihn dort begrüßten, und behauptete, er habe "den Horror hautnah erlebt" – was nicht stimmte.

Während die Nation bestürzt auf die Katastrophe blickte, gewährte Trump einem verurteilten Rassisten eine präsidiale Begnadigung: Joe Árpaio, der frühere Sheriff des Großraums Phoenix. der einst dadurch berühmt wurde, dass er Gefangene in rosa Unterwäsche stecken ließ. Arpaio ließ seine Beamten auch gezielt Menschen mit dunkler Hautfarbe auf der Straße kontrollieren – das verbot ihm ein Gericht. Er ignorierte das Urteil, wurde verurteilt, und Trump erließ ihm nun die Strafe. Das gab es noch nie. Präsidenten dürfen zwar Begnadigungen aussprechen – aber keiner hat sie auf diese Weise als politische Waffe eingesetzt. Das wirft die Frage auf, ob der Präsident auch all jene Mitarbeiter zu begnadigen gedenkt, gegen die in der Russlandaffäre ermittelt wird. Vor allem aber belegt die umstrittene Entscheidung einmal mehr: Dieser Präsident ist ein Spalter.